

Leitartikel
Von Mario Zenhäusern

Der VP-Chef ist angeschlagen. Deshalb wird sich die Politik ins Konfrontative wenden.



Pröll hilft nur noch die Flucht nach vorn

Der VP-Chef muss nach einem desaströsen Jahr angegriffen. Die Zeit des Kuschelns ist jetzt endgültig vorbei.

Mit seiner Forderung nach stärkerer Verländerung der Bildungskompetenzen hat VP-Chef Josef Pröll gestern einen ersten Krach in der Koalition ausgelöst. Ganz bewusst. Zu unterschiedlich waren und sind die Positionen von ÖVP und SPÖ in dieser Frage. Und die Antwort vom Regierungspartner ließ auch nicht lange auf sich warten: Kommt nicht in Frage, ließ Unterrichtsministerin Claudia Schmied aussprechen. Nicht nur der Streit an sich, auch der Zeitpunkt ist wenig überraschend. Josef Pröll ist nach einem desaströsen Jahr angeschlagen. Als starker Mann in der Regierung und absoluter Umfragekaiser hatte er 2010 in Angriff genommen, nach elf Monaten kämpft er verzweifelt darum, den Anschluss an die SPÖ nicht vollends zu verlieren. Zwei krasse Fehlbesetzungen als Spitzenkandidaten bei Landtagswahlen: ein das Budget betreffendes Stillehalteabkommen mit der SPÖ, das nur Pröll, nicht aber Kanzler Werner Faymann schadete; ein Budgetentwurf schließlich, der regelrecht in der Luft zerrissen wird und abermals nicht der SPÖ, sondern in erster Linie dem Finanzminister und seiner Partei wie die Ohren fliegt; und zum Drüberstreuen eine alle personellen und strukturellen Probleme der ÖVP brutal offenlegende Suche nach einer Staatssekretärin – eine Glückssträhne schaut anders aus.

Pröll hat vor diesem Hintergrund gar keine andere Wahl mehr, als die Flucht nach vorn anzutreten. Will er gegenüber Faymann nicht weiter an Boden verlieren, muss er die Initiative ergreifen, muss er dem Regierungspartner Themen aufzwingen und – wie jetzt bei der Bildungsreform – da und dort auch einen Koalitionsstreit riskieren.

Die Politik im Land wird sich damit ins Konfrontative wenden. Die Zeit des Kuschelns ist endgültig vorbei.

Lesen Sie mehr auf Seite 11

Frage des Tages

Tiroler Landtag debattierte über Mindestlöhne...

... und erklärte sich am Ende für nicht zuständig. Sozialpartner und Arbeitgeber müssten sich darum kümmern. Sind der Landespolitik tatsächlich die Hände gebunden?

25 % Ja – wenn überhaupt müsste der Bund ein entsprechendes Gesetz erlassen.

24 % Nein – Politiker könnten die Tiroler Unternehmen per Gesetz zu einem Mindestlohn verpflichten.

51 % Selbst wenn es ein Gesetz gäbe, würden die Arbeitgeber Wege finden, doch weniger zu zahlen.



UMFRAGE

Karikatur „Zwangspensionierung“

Der EU-GH-Spruch gegen eine Zwangspensionierung stößt nicht nur auf Zustimmung...



Heikle Gratwanderung im Sinne der Terroristen

Der deutsche Innenminister de Maizière ruft seine Mitbürger zu „gelassener Wachsamkeit“ auf. Eine brauchbare Handlungsanleitung ist das nicht.



Analyse
Von Wolfgang Sablatnik

Schwer bewaffnete Polizisten patrouillieren auf deutschen Flughäfen und Bahnhöfen. Bundesinnenminister Thomas de Maizière und seine Kollegen in den Ländern wollen zeigen, dass sie die eigenen Terrorwarnungen ernst nehmen. Gleichzeitig bekommt bei den Nachbarn die Debatte um schärfere Gesetze gegen Terror neuen Schwung. Der Nutzen der verstärkten Polizeipräsenz darf in Zweifel gezogen werden. Die Menschen werden ständig an eine nur schwer fassbare Gefahr erin-

net, der sie im Fall des Falles aber nicht auskommen können. Ein Selbstmordattentäter, ein Einzelgänger, ein „Schläfer“, der lange Jahre unauffällig in der Gesellschaft gelebt hat und jetzt zuschlagen will, würde dennoch mit Sprengstoff in eine Bahnhofshalle marschieren können. Ihn abzufangen, käme einem Sechser beim Lotto gleich, sagen Experten.

Tatsächlich müssen sich die Behörden auf ihr Informantenetz und geheimdienstliche Quellen verlassen, um Anschläge zu verhindern. Sie müssen darauf setzen, dass sie eine vertrauliche Botschaft oder eine Information abfangen können, dass ein V-Mann einen Hinweis liefert.

Zu Gute kommen könnte der deutschen Polizei, wenn tatsäch-

lich ein Anschlag wie in Mumbai in Vorbereitung ist. Das würde bedeuten, dass eine relativ große Gruppe von Personen eingeweiht und verschiebt ist und viele Waffen im Spiel sind. Damit würde die Wahrscheinlichkeit steigen, dass einer der Verschwörer einen Fehler begeht.

Der bewaffnete Polizist auf Flughafen und Bahnhof hilft da nur wenig. Auch die Warnung, dass Weihnachtsmärkte ein Terrorziel sein könnten, muss den Bürger ratlos zurücklassen. Im Gegenteil: Wenn der Bürger den Markt meidet, erledigt er bereits das Geschäft der Terroristen.

Deren Ziel ist es ja, den Alltag nachhaltig zu stören. Das weiß auch de Maizière, wenn er zu „gelassener Wachsamkeit“ aufruft und vor Hektik warnt. Tun die Behörden aber nichts, würde es ihnen wohl genauso vorgeworfen. Eine heikle Gratwanderung.

wolfgang.sablatnik@tmt.com

Lesen Sie dazu mehr auf Seite 13

Apropos

Von Alois Schöpf

Wie man in der ÖVP etwas wird

Das die Probleme, die Politiker derzeit zu bewältigen haben, kompliziert sind, leuchtet wohl dem größten Simpel ein. Was sich zum Beispiel in Irland und mit der Eurozone abspielt, könnte einem die Schweißperlen auf die Stirn treiben, sofern man nicht Hausgemachtes wie die verschusterten 70 Millionen der Hypo Tirol Bank bevorzugt. Nicht zu reden von den Sparplänen der Regierung, die überall Protestwellen hervorrufen, wo die Staatsalimente um ein paar Euro geringer ausfallen. In solch einer dramatischen Situation ein neues Regierungsmitglied danach auszusuchen, ob es aus dem richtigen Bundesland kommt, die entsprechenden primären und sekundären Geschlechtsmerkmale aufweist, der richtigen Partei und deren richtigen Teilorganisation angehört, ist ein unüberbietbarer Zynismus. Vielleicht sollten unsere gewählten Headhunter in einer ruhigen Minute nachlesen, wie die Habsburger zukünftige Kaiser und Erzherzöge auf ihr Amt vorbereiteten. Jahrelang und gründlich! Und wenn man bedenkt, dass auch dabei ob Fürstertliches herauskam, erscheint der Umstand, wonach Bildung und Fachkompetenz inzwischen nachrangig behandelt werden, in einem noch trübener Licht. Man kann Verena Remler, die im fernen Lienz in einem noch fernerem Amt ausgegraben wurde, für ihren Job als Staatssekretärin nur alles Gute wünschen. Allerdings ist es keine Unhöflichkeit, wenn man ihr die Erkenntnis mit auf den Weg gibt, dass die Wahnsinnsmethode, durch die man weiß ist, schon zu genug enttäuschenden Fehlbesetzungen geführt hat.

Alois Schöpf ist Schriftsteller, Journalist und seit vielen Jahren Kolumnist der Tiroler Tageszeitung.



alois.schoepf@tiol.at

Lesen Sie dazu mehr auf Seite 12

Kopf des Tages

Ramsan Kadyrow (Tschetschenischer Präsident)

Junger Präsident mit eiserner Hand

Ramsan Kadyrow zählt mit seinen 34 Jahren zu den jüngsten Präsidenten weltweit, seit 2007 ist er im Amt, das ihm väterlich vererbt wurde: Sein Vater, Achmat Kadyrow, ermordet im Jahr 2004, war auch schon tschetschenischer Präsident. Kadyrow gilt als politischer Ziehschulter von Russlands Premier Wladimir Putin, der ihm im Dezember 2004 – damals war Putin Präsident – die Auszeichnung „Held der Russischen Föderation“ verlieh.

Die russische Kaukasusrepublik ist seit Langem ein Unruheherd. Kadyrow regiert mit eiserner Hand und hielt sich in jüngster Zeit zugute, wieder für Ruhe gesorgt zu haben. Seine Methoden sind allerdings

höchst unstritten. Experten wie der Moskauer Menschenrechtler Lew Ponomarew berichten über Entführungen, Folter und sogar Mord auch an unschuldigen Zivilisten, die bei so genannten Anti-Terror-Operationen Opfer staatlicher Willkür und militärischer Gewalt werden. Wer ver-



brechen an der Zivilbevölkerung dokumentiert, lebt gefährlich. Dies zeigt etwa der Fall der getöteten tschetschenischen Journalistin Natalia Estemirowa. Unbekannte hatten Estemirowa Mitte Juli in Tschetschenien entführt. Später wurde sie in der Nachbarrepublik Inguschetien erschossen aufgefunden. Der Mord hatte weit über die Grenzen Russlands Bestürzung ausgelöst. Kadyrow wies jede Schuld von

sich. Auch im Fall des tschetschenischen Flüchtlings Umar Israelov, dessen Ermordung im Jänner des Vorjahres derzeit am Wiener Straßensendegericht aufgeklärt werden soll, wäscht Kadyrow seine Hände in Unschuld. Laut Menschenrechtsanwältin Nadja Lorenz, die Israelovs Familie vertritt, hatte Kadyrow diesen gezwungen, in seiner Leibgarde zu arbeiten – nachdem er ihn brutal gefoltert haben soll. Ob Kadyrow, wie von Richter Friedrich Forsthuber gewünscht, per Videokonferenz in dem Mordprozess aussagen wird, ist mehr als fraglich. Kadyrow wird als Auftraggeber des Mordkomplotts gesehen. (car)

Lesen Sie dazu mehr auf Seite 12

Foto: AFP